

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 12. März 2009

**2. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 12. März 2009
im Tell-Saal, Ostermundigen**

Beginn: 18.00 Uhr

Schluss: 20.30 Uhr

Vorsitz:	Bruno Schröter	(EVP)	1
Stimmzähler:	Roger Schär	(parteilos)	1
	Roland Rüfli	(FORUM)	1
Anwesend:	Jacques Biner, Hans-Rudolf Burkhalter, Aziz Dogan, Sarah Gabi Schönenberger, Bruno Hirt, Rudolf Kehrli, Rudolf Mahler, Colette Nova, Norbert Riesen, Jürg-Sven Scheidegger, Christian Zeyer	(SP/Grüne/Gewerkschaften)	11
	Erich Blaser, Marion Buchser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Lucia Müller, Marianne Landolf, Markus Truog, Thomas Wegmüller	(SVP)	8
	Marco Blindenbacher, Walter Bruderer, Alessandra Mantarro, Madeleine Schenk	(FORUM)	4
	Renate Bolliger, Philippe Gerber (<i>ab 18.20 Uhr</i>), Peter Wagner, Rahel Wagner	(EVP)	4
	Heinz Gfeller, Mirjam Rettore, Peter Wegmann, Michael Werner	(FDP)	4
	Eduard Rippstein, Monika Weibel	(CVP)	<u>2</u>
			<u>36</u>

Vertreter des Gemeinderates: Gemeindepräsident Christian Zahler, Synes Ernst, Thomas Iten, Egon Julmi, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Aliko Maria Panayides, Urs Rüedi, Regula Unteregger
Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

Entschuldigt: **Mitglieder des Grossen Gemeinderates**
Liliane Schärer, René Thommen, Beat Weber, Gerhard Zaugg

Mitglieder des Gemeinderates

--

Protokoll: Jürg Kumli, Gemeindeschreiber Stv.

G E S C H Ä F T E

12	P Protokoll-Genehmigungen	Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 30. Oktober 2008; Genehmigung	47
13	P Protokoll-Genehmigungen	Protokoll der 7. Sitzung des GGR vom 11. Dezember 2008; Genehmigung	48
14	10.372 Motionen		
30.322	Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen		
30.483	Freibad		
42.616	Erweiterung Spielwiese		
		Freibad: Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten; Beachsportanlagen - Kreditbewilligung	49
15	10.442 Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete/Pacht)		
10.2202	Zonenplanänderung Flurweg		
		Zonenplanänderung (ZPÄ) Flurweg: Landerwerb ab der Parzelle Nr. 1239 im Bereich des Jugend- und Freizeithauses - Kreditabrechnung	71
16	30.463 Wohnbauten Rütliweg 92 - 102		
		Wohnbauten Rütliweg: Projektierung Gesamtsanierung - Kreditabrechnung	72
17	10.2253 UeO Wärmeverbund Dennigkofen		
		Nahwärmeverbund Dennigkofen; Kreditabrechnung	73
18	30.421 Schulhaus Bernstrasse		
		Schulanlage Bernstrasse: Bauliche Massnahmen - Kreditabrechnung	74
19	30.423 Schulhaus Rütli		
		Schulanlage Rütli: Bauliche Sofortmassnahmen - Kreditabrechnung	75
20	10.372 Motionen		
10.2262	Richtplanung "ESP Bahnhof Ostermundigen"		
		Motion der FDP-Fraktion betreffend ESP-Bahnhof Ostermundigen, bearbeiten der Entwicklungsblockaden; Begründung	76
21	10.374 Interpellationen		
60.115	Altersfragen		
60.535	Alterssiedlungen		
		Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Wohnraum für Betagte; parlamentarischer Neueingang	83
22	10.374 Interpellationen		
10.2013	Tram, BernMobil (SVB)		
		Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Tram nach Ostermundigen: Vorinvestitionen; parlamentarischer Neueingang	84
23	10.375 Einfache Anfragen		
63.665	Jugendarbeit mit Schulen, Kirchen und anderen Verwaltungsabteilungen		
		Einfache Anfrage Monika Weibel (CVP) betreffend Tagesschule in Ostermundigen - Anstellungsbedingungen; parlamentarischer Neueingang	85
24	10.375 Einfache Anfragen		
54.102	Regierungsstatthalter		
54.152	Regionale Zusammenarbeit		
		Einfache Anfrage Peter Wegmann (FDP) betreffend Zusammenarbeit mit Berner Feuerwehren; parlamentarischer Neueingang	86

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **35** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① Heute nimmt Frau Marianne Landolf (SVP) anstelle von Frau Barbara Ambühl erstmals an der GGR-Sitzung teil.
- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nehmen zu Traktandum Nr. 14 die Herren Heinz Bornhauser, Abteilungsleiter Hochbau und Marc Sterchi, Abteilungsleiter Gemeindebetriebe, an der heutigen Sitzung teil.
- ① Bei den Traktanden Nr. 16 bis 19 handelt es sich um Kreditabrechnungen. Gemäss Artikel 57 Absatz 2 Ziffer c) der Gemeindeordnung sind Kreditabrechnungen entgegen dem Botschaftstext lediglich zur Kenntnis zu nehmen (bedingt keine Genehmigung durch den GGR!).
- ① Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - 1 Schoggi-Osterhase offeriert vom Ratspräsidenten.
 - 1 Flyer „Mobil sein & bleiben“ - Mobilitäts- und Billettautomatenkurs Ostermundigen am 2. April und 28. Juni 2009 (organisiert: Büro für Mobilität in Zusammenarbeit mit Pro Senectute Region Bern)
 - 1 Adressliste der Partei- und Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Ristorante La Favorita.
- ① Die nächste ordentliche Sitzung findet am **14. Mai 2009** statt.

Traktandenliste:

- Das Traktandum Nr. 21 „Orientierung des Gemeinderates“ entfällt, da keine Themen vorliegen.

Stillschweigend fasst der Grosse Gemeinderat den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

12 P Protokoll-Genehmigungen

Protokoll der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 30. Oktober 2008; Genehmigung

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 30. Oktober 2008 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

Protokoll der 7. Sitzung des GGR vom 11. Dezember 2008; Genehmigung

Walter Bruderer (FORUM): Ich habe eine Anmerkung zu meinem Votum auf Seite 360 aufgrund unterschiedlich verstandener Terminologie des Protokollführers und mir. Ich beantrage, den Abschnitt 2 unverändert zu belassen, die Abschnitte 1 und 3 jedoch wie folgt anzupassen (= *kursiv*):

Ich kann die Einwände nachvollziehen. Ich habe nichts gegen das energieeffiziente Bauen eingewendet. Ich möchte, dass die Firma Bindella versucht, die drei in Bau befindlichen *Wohnblöcke* kombiniert zu bauen. Die 10 Prozent können geltend gemacht werden. Jedoch soll dies nicht am obersten *Wohnblock* umgesetzt werden.

Gegen die ersten drei Absätze von Artikel 57 a habe ich keine Einwände. Die Wohnqualität soll der neuen Anwohnerschaft gegönnt sein. Doch auch die bisherigen Anwohnenden sollen ihre Wohnqualität beibehalten können. Diesem Umstand sollte Rechnung getragen werden.

Die *drei Kohler-Liegenschaften* auf der Rüti wurden vor rund 35 Jahren gebaut. Damals wurde auf dem Oberfeld noch in grossem Stil geschossen. Ich bitte den Rat, die Angelegenheit zu kombinieren. Die Firma Bindella soll in keiner Weise behindert werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass für den obersten Wohnblock nun 64,6 % mehr Bruttogeschossfläche geplant sind (statt nur 10 %).

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 7. Sitzung des GGR vom 11. Dezember 2008 wird mit bestem Dank an den Verfasser genehmigt.

14	10.372	Motionen
	30.322	Sport- und Spielplätze, Freizeitanlagen
	30.483	Freibad
	42.616	Erweiterung Spielwiese

Freibad: Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten; Beachsportanlagen - Kreditbewilligung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Eduard Rippstein (GPK-Präsident): Wie dem GPK-Protokoll vom 4. März 2009 zu entnehmen ist, haben wir uns mit diesem Geschäft ausführlich auseinandergesetzt. Die „Einheit der Materie“ ist im vorliegenden Geschäft nicht zwingend gegeben. Eine Volksmotion, welche die Erweiterung des Freibades wünscht, darf nicht mit einer zwingenden Leitungssanierung vermischt werden. Da werden zwei Geschäfte vermischt. Aus diesem stellt die GPK den **Änderungsantrag Nr. 1**, dass der zu fassende Beschluss in zwei Teile zu unterteilen ist. Die Aufteilung hat wie folgt zu erfolgen:

<i>Geschäft Nr. 14 a</i>	<i>Für das Modul Nr. 0 (Spezialmodul) „Zwingende Leitungssanierungen“ wird ein Kredit von Fr. 610'000.-- genehmigt.</i>
<i>Geschäft Nr. 14 b</i>	<ol style="list-style-type: none"><i>1. Für das Modul Nr. 1 „Erweiterung Bad, Beachvolley“ wird ein Kredit von Fr. 397'000.-- genehmigt.</i><i>2. Für das Modul Nr. 2 „Veloparkplätze“ wird ein Kredit von Fr. 61'000.-- genehmigt.</i><i>3. Für das Modul Nr. 3a „Parkplätze im Bereich der Baderweiterung“ wird ein Kredit von Fr. 173'500.-- genehmigt.</i><i>4. Das Modul Nr. 3b „Parkplätze im Bereich der bestehenden Liegewiese“ mit Kosten von Fr. 298'000.-- wird zur Kenntnis genommen aber nicht umgesetzt.</i><i>5. Das Modul Nr. 4 „Optimierung und Erweiterung PW-Parkplätze mit Verlegung Strasse“ mit Kosten von Fr. 1'474'500.-- wird zur Kenntnis genommen aber nicht umgesetzt.</i><i>6. Die Gesamtkosten der beschlossenen Module gemäss vorstehenden Punkten 1 bis 4 (Module 0 bis 3a) von Fr. 1'241'500.-- werden zustimmend zur Kenntnis genommen.</i><i>7. Die Volksmotion betreffend Erweiterung Freibad Denigkofen sowie das Postulat der SP-Fraktion betreffend Erstellung einer kombinierten Beachsoccer/Beachvol-</i>

	<i>leyanlage werden als erledigt abgeschrieben.</i>
--	---

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Vor Beginn der Diskussion, kurz einige Erläuterungen für die neuen GGR-Mitglieder: An der Sitzung im Oktober 2008 hat das Parlament sich für eine Freibaderweiterung in der von der Volksmotion verlangten Form ausgesprochen und damit den Gemeinderat beauftragt, Massnahmen einzuleiten und einen entsprechenden Kredit zu beantragen. Obwohl solche Vorstösse in den letzten 10 Jahren verschiedentlich eingereicht wurden, sind diese Vorhaben bisher stets an den finanziellen Mitteln gescheitert.

Ich habe bereits in der damaligen Beantwortung darauf hingewiesen, dass wir dank der Vorarbeiten relativ rasch mit einem Kreditantrag in das Parlament gelangen können. Auch haben wir darauf hingewiesen, dass die Freibaderweiterung in grösserem Zusammenhang gesehen werden muss. Nebst der Erweiterung, sind auch die gesamte Verkehrssituation und die Parkierungsmöglichkeiten für PW sowie Zweiräder zu prüfen. Der Gemeinderat hat den erhaltenen Auftrag umgesetzt und in der vorliegenden Botschaft modulartig den benötigten Kredit ausgewiesen.

Wie der Gemeindepräsident bereits im GPK-Protokoll als zusätzlicher Hinweis angebracht hat, hätte die Verfügung der Gemeindebetriebe für die Sanierung der Abwasserleitungen nicht zwingend angefügt werden müssen. Hierfür entschuldigt sich der Gemeinderat nochmals. Aber es darf gesagt werden, dort wo gearbeitet wird, können Fehler entstehen.

Nachdem der Rat zum Vorhaben der Volksmotion "Freibaderweiterung" einmal A gesagt hat, gehe ich davon aus, dass er auch B sagen wird. Denn hier und heute geht es darum, ob man nach vielen Jahren und unzähligen Vorstössen endlich den nötigen Kredit von Fr. 631'500.-- spricht. Wie die einzelnen Arbeitsschritte und baulichen Massnahmen umgesetzt werden, dürfen Sie getrost den durch uns beauftragten Firmen, welche über entsprechendes Fachwissen und -können verfügen, überlassen!

Dem Parlament steht es natürlich frei, einzelne Module zurückzustellen oder weitere aufzunehmen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine konstruktive Diskussion und einem raschen Abstimmungsentscheid.

Aus diesem Grund begrüsst der Gemeinderat den Antrag der GPK, das Geschäft in ein 14 a und 14 b zu unterteilen. Wir empfehlen dem Parlament den Änderungsantrag anzunehmen.

Ratspräsident: Der GPK-Antrag ist bekannt und das Parlament hat über den Änderungsantrag Nr. 1 zu entscheiden.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 1 der GPK wird einstimmig angenommen.

Ratspräsident: Der GGR kann somit über den ersten Teil (Geschäft Nr. 14 a; Modul Nr. 0) debattieren.

Walter Bruderer (FORUM): Wir sind überzeugt, dass die Sanierung der Abwasserleitungen wegen der engen Termine um ein Jahr hinausgeschoben, d. h. etappiert realisiert werden sollte. In der Botschaft sind Leitungsprobleme erwähnt, die scheinbar seit mehreren Jahren existieren. Ihre Sanierung ist aber weder im Finanzplan noch im kürzlich vom Volk beschlossenen hohen Rahmenkredit von 31 Mio. erwähnt. Laut Informationen in der GPK ist vor nicht allzu langer Zeit mitgeteilt worden, diese Leitungen seien in einem guten Zustand.

Das FORUM empfiehlt darum das folgende Vorgehen:

1. Die Realisierung ist zu etappieren:
Soweit es nicht die Veloparkplätze und die Abwasserleitungen betrifft, die darunter liegen, ist das Projekt um 1 Jahr hinaus zu schieben.
2. Alle Teilanträge, die mit Parkplätzen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) zu tun haben, sind ausschliesslich nur zur Kenntnis zu nehmen.
3. Der Erweiterung vom Freibad inkl. Volleyballfelder ist zuzustimmen.

Wir stellen den folgenden **Änderungsantrag Nr. 2:**

2009 sind nur alle Veloparkplätze inkl. jene Abwasserleitung zu ersetzen, die unter den Veloparkplätzen liegt. Das Restprogramm, jedoch OHNE alle MIV-Parkplätze, ist erst 2010 abzuwickeln.

Es drängen sich noch ein paar Bemerkungen und Fragen auf. Wir erwarten, dass die Art der Baderweiterung und der Badbetrieb überprüft und genauer umschrieben werden. Die bewusst umfassende Hinterfragung der Botschaft habe ich in der GPK nur als Information schriftlich abgegeben. Die Verwaltung und der Gemeinderat haben Kenntnis davon.

 Warum wollen wir keine zusätzlichen Parkplätze?

Es gibt ein Verkehrskonzept, das weder den MIV noch die damit verbundenen Immissionen fördern will. Wenn nötig müsste nur der ÖV zum Bad sinnvoll verbessert werden. Bei der kürzlich im Parlament behandelten Ausrüstung vom Dennigkofen Schulhaus haben wir uns ebenfalls aus Verkehrsbelastungs- und Parkierungsgründen für den Verzicht auf eine 3fach-Turnhalle am Standort "Dennigkofenschulhaus"

eingesetzt. Daraus ist ableitbar, dass wir uns auch anderswo in der Gemeinde nicht für vermeidbaren MIV einsetzen.

Weltweit wird die rasche Reduktion von CO₂ als äusserst wichtig eingestuft. Die Badenbenützung setzt den Einsatz von motorisierten Fahrzeugen nur für Gehbehinderte voraus. Der Besuch vom Bad passiert in den meisten Fällen kaum unter Zeitdruck der Benutzer. Zudem besteht nur eine höfliche Einladung, das Bad zu benützen, einen Zwang dazu gibt es nicht.

Hautärzte appellieren immer wieder, man solle sich der Sonne nicht mit unbedecktem Kopf und Körper aussetzen. Andere Ärzte raten der Bevölkerung, auf körperliche Anstrengungen im Freien sei bei grosser Ozonbelastung zu verzichten. Weder auf der Liegewiese noch rund um die Volleyballfelder gibt es aber Bäume, die Schatten spenden.

Auf fünf Fragen möchten wir eine Antwort:

- a. Betreffend die Abwasserleitungen, die vermutlich den grösseren Teil des Jahres unbenützt bleiben, möchten wir erfahren, ob Trocken-WCs eine Alternative zu Wasserspülungen wären. Aus Toiletten in Zügen und Flugzeugen läuft vermutlich auch kein Abwasser ab.
- b. Wie viel kostet die zusätzliche Dusche und die langen Wasserzu- und ableitungen zusätzlich?
- c. Warum braucht es Fr. 110'000.-- für eine Fassadenreinigung?
- d. Was wurde in der „Bevölkerungsumfrage“ beim Feibad speziell kritisiert? Warum sind die wesentlichen Kritiken in der Botschaft nicht zusammenfassend erwähnt?
- e. Im Hinblick auf die Bevölkerungszunahme wird nur die Anlage vergrössert. Heisst das, dass die Bassins für sehr lange Zeit gross genug sind?

Ich bitte den Rat, unseren Änderungsantrag zu unterstützen.

1

Norbert Riesen (SP): Grundsätzlich wollte ich den Antrag stellen, dass wir über die Reihenfolge noch diskutieren. Wenn die Module „Attraktivierung“ angenommen würden, sollten wir zuerst darüber sprechen. Erst im Anschluss ist über die Abwasserleitungen zu diskutieren. Jetzt schlage ich einen anderen Weg vor und bitte um die Beantwortung von zwei Fragen.

Die Leitungssanierung der Abwasserleitungen hat diverse Fragen ausgelöst. Die Abklärungen der Gemeindeschreiberin haben Licht ins Dunkle gebracht. - Besten Dank für das Feedback! Die Instandstellungsverfügung wird als fragwürdig eingestuft. Nach juristischer Beurteilung ist diese nicht rechtskräftig. Es stellen sich uns zwei Anschlussfragen:

¹ Philippe Gerber tritt um 18.20 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 36 Ratsmitglieder anwesend.

- ☞ Wie verbindlich ist diese Leitungssanierung? In der Verfügung wird der 30. April 2010 erwähnt.
- ☞ Die Gemeinde wird wie ein Privateigentümer behandelt. Aus diesem Grund sind die Kosten aus der Gemeinderechnung und nicht der Abwasserrechnung zu begleichen. Als Privater bin ich in der Erfüllung der Instandstellung frei. Ich kann die Arbeiten selber oder durch einen Dritten ausführen lassen. Kann das Werkhofpersonal für Eigenleistungen eingespannt werden?

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass drei Sachen unabhängig betrachtet werden müssen:

- Die Wasser- und Abwasserleitungen;
- die Autoparkplätze (können vom Beachsport sachlich getrennt werden);
- die Standortattraktivierung (wird von anderen Votanten vertreten).

Ich möchte zuerst die beiden Fragen beantwortet wissen. In der heutigen Bantiger Post ist ein Artikel zur „Einheit der Materie“ publiziert. In der Botschaft wurden noch andere Sanierungsnotwendigkeiten aufgeführt. Gemäss Aussage von Heinz Bornhauser müsste dafür zusätzlich eine halbe Million Franken eingesetzt werden. Wenn über eine langfristige Strategie diskutiert werden soll, so sind quantitative Aussagen notwendig.

Das wichtigste meines Eingangsvotums ist: Heute Abend haben wir im Parlament einen Entscheid „Pro oder Contra Freibaderweiterung“ zu fassen. Wir haben bereits x-Jahre darüber debattiert. Ob die Ausführung letztendlich etappiert vorgenommen wird, bleibt sekundär - ein politischer Entscheid für den Beachsportteil muss heute gefällt werden!

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion stört der Vorgang bei den Leitungssanierungsarbeiten. Ablehnen werden wir das Geschäft nicht. Wir helfen mit, dieses zu einem guten Ende zu bringen.

Im Jahre 2005 führte der Verwaltungsbesuch der GPK ins Freibad. Damals wurde die Aussage gemacht, dass die elektronischen Leitungen in einem schlechten Zustand sind und die anderen Leitungen zu keinen Beanstandungen führen. Drei Jahre später sind die Abwasserleitungen auf einmal defekt. Gleichzeitig werden Bäume gefällt, um damit Wasserleitungen zu retten. Wie ist das möglich? Die Gemeinde hat ihre Liegenschaften zu unterhalten. Trotzdem müssen wir jetzt wieder Fr. 600'000.-- für eine „zwingende Leitungssanierung“ ausgeben.

Das Freibad wird vom Personal unterhalten. Plötzlich sind Leitungen zu retten. Wie ist das möglich? Die Gemeinde hat die Liegenschaften zu unterhalten. Trotzdem müssen wir jetzt wieder Fr. 600'000.-- für eine „zwingende Leitungssanierung“ ausgeben.

Das Freibad wird durch die Gemeindebetriebe betrieben; gehören tut es dem Hochbauamt. Plötzlich müssen dringendste Sanierungsarbeiten vorgenommen werden.

Ich möchte die Verwaltung inständig bitten, sorgsam mit unseren Steuergeldern umzugehen!

Philippe Gerber (EVP): Auch die EVP-Fraktion zeigt sich über das vorliegende Geschäft nicht gerade erfreut. Wir diskutieren momentan über das Modul 0. Auch wir sind der Auffassung, dass es sich hier um einen relativ hohen Sanierungsbetrag handelt. Die Kostenzusammenstellung veranlasst uns zu einem **Änderungsantrag Nr. 3:**

1. *Für das Modul Nr. 0 (Spezialmodul) „Zwingende Leitungssanierungen“ wird ein Kredit von Fr. 510'000.-- genehmigt. Die Fassadeninstandstellungen müssen im Rahmen der normalen Unterhaltsplanung nach STRATUS ausgeführt werden.*

Im STRATUS werden Fr. 110'000.-- für Erneuerungen und Reinigungen von Fassaden ausgewiesen. Die ausgewiesene Fassadeninstandstellungsarbeiten sind deshalb mit dem ordentlichen Budget zu begleichen.

Wenn der Änderungsantrag der EVP-Fraktion akzeptiert wird, werden wir den Leitungssanierungsarbeiten zustimmen können.

Hans-Rudolf Hausammann (SVP): Die SVP-Fraktion möchte gerne ein „super Schwimmbad“ mit allen Modulen. Doch wir haben mit den hohen Kosten ein Problem. Auch die daraus entstehenden Nachfolgekosten bereiten uns Sorge. Diese werden nirgends ausgewiesen. Was passiert, wenn die Beachsportspielenden mit den sandigen Badehosen ohne zu duschen ins Schwimmbecken springen?

Wir alle sind aufgefordert, zu den Gemeindefinanzen Sorge zu tragen. In Zukunft werden die Finanzen noch knapper. Dieser Tatsache gilt es Rechnung zu tragen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte noch einen Eventualantrag einbringen. Ich versuchte darzustellen, wieso wir keine zusätzlichen Parkplätze schaffen wollen. Gesetzten Fall im Parlament werden die Parkplätze gutgeheissen, möchte ich beliebt machen, dass wir das Parkplatzbewirtschaftungssystem der grösseren Berner Sportclubs (SCB, YB) übernehmen. D. h. die sogenannten VIPs können die Parkplätze saisonal zu einem Betrag von ca. Fr. 10'000.-- mieten. Ich möchte dies kurz begründen:

Die neu geschaffenen Parkplätze sind für einen kleinen Teil der Bevölkerung - für jene Personen, welche mit dem PW ins Freibad gehen - von Nutzen. Bei einem gut frequentierten Badetag mit rund 3'000 Besuchenden können rund 50 Personen von einem sonnigen Parkplatz profitieren. Diese Parkplätze müssen für die Gemeinde gewinnbringend, saisonal vermietet werden.

Christian Zeyer (SP): Ich bin verwirrt - ich kann der Diskussion nicht folgen: Ich war der Meinung, dass wir über die Wasser- und Abwasserleitungen diskutieren. Jetzt

debattieren wir über Beachvolley, sandige Badehosen und Badeschlappen sowie über VIP-Parkplätze. Dies hat doch nichts mit den Leitungssanierungen zu tun!

Die SP-Fraktion unterstützt die Leitungssanierungen. Wenn einem Liegenschaftsbesitzer eine Instandstellungsverfügung zugestellt wird, so hat dieser den ordentlichen Zustand wieder herzustellen. Das Abwasser darf nicht ein weiteres Jahr in den Boden versickert werden. Das würde fahrlässiges Handeln bedeuten.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Ich versuche die grundsätzlichen Fragen zu beantworten. Für die Detailfragen werde ich das Mikrophon den beiden Abteilungsleitern überreichen.

① Votum E. Rippstein - Bäume fällen etc.

Die Leitungen liegen unter dem Boden und sind nur schwer einsehbar. Der schlechte Zustand in den letzten vier Jahren konnte erst mittels einer Expertise und mit den Kanalfernsehaufnahmen festgestellt werden. Die Bäume wurden vorsorglicherweise in diesem Winter gefällt.

① Dusche, Wand und Wasser

Die Dusche wird später im Zusammenhang mit der Freibaderweiterung erläutert. Es soll eine zusätzliche Dusche installiert werden, damit die Spielerinnen und Spieler sauber ins Schwimmbad abtauchen können. Diese Dusche hat nichts mit den Leitungssanierungsarbeiten zu tun.

① Änderungsantrag Nr. 3 der EVP-Fraktion betreffend den Fr. 100'000.--

Ich möchte zuerst den Gemeindebetrieben das Wort zu den Leitungssanierungen erteilen. Die Fassadensanierung ist ein Teil dieser Sanierungsarbeiten. Wenn die Leitungen ausgegraben werden, müssen auch die Fassaden erneuert werden. Dies steht nicht im Zusammenhang mit STRATUS.

Gemeinderat Synes Ernst (CVP): Zur Frage von Norbert Riesen betreffend Termine möchte ich anfügen, dass in den Instandstellungsverfügungen stets die Termine gesetzt werden. Der Endtermin 30. April 2010 hätte auch ein Privater/Dritter zu erfüllen. Dieser Termin wurde bewusst 14 Tage vor Saisonöffnung gewählt.

Weiter ist es sinnvoll, dass der Teil, welchen den Freibadbetrieb am meisten tangiert, sofort saniert wird. Dies betrifft vor allem das Abwasser aus dem Freibadrestaurant. Trocken-WC-Anlagen können beim Restaurantbetrieb nicht eingesetzt werden. Das Abwasser muss abgeführt werden.

① Wieso keine Beanstandungen während des GPK-Besuchs im Jahre 2005

Marc Sterchi (AL GBT): Wir haben im Jahre 2005 nicht erwähnt, dass die Leitungen in einem guten Zustand sind. Damals war uns der Zustand der Leitungen unbekannt. Gewisse Auswirkungen waren uns bekannt. Die Leitungen der WC-Anlagen führten

zu Rückstaus. Daraufhin wurden Wurzeleinwüchse aus den Leitungen entfernt, doch die Leitungen waren immer noch nicht dicht, das Gegenteil war der Fall.

Spaghettis aus dem Freibadrestaurant, welche in den Garderoben angeschwemmt wurden, liessen die Gemeindebetriebe den Zustand des gesamten Freibadleitungsnetzes untersuchen. Mittels Kanalfernsehaufnahmen im Herbst 2008 wurde der missliche Zustand aufgezeigt.

Die Trocken-WC's sind ein interessanter Ansatz. Im Tag müssten rund 500'000 Trocken-WC's gefüllt werden, um die täglichen rund 1,5 Kubikmeter Wasser im Freibad auszuwechseln. Dieser Vorschlag kann nicht ernsthaft weiter verfolgt werden. In Flugzeugen mögen Trocken-WC's funktionieren jedoch nicht im Freibad.

Die Garderobenräume sind entwässert. Die Querleitungen sind grösstenteils sanierungsbedürftig. Wir müssen diese mit Fassadenaufbrüchen an die Hand nehmen. Zum Teil werden die Leitungen ersetzt und wieder hergestellt. Am Schluss müssen auch die Fassaden wieder Instand gestellt werden. Hier spielt der Grundsatz „Einheit der Materie“. Wenn der Untergrund saniert wird, so müssen auch die darüber liegenden Fassaden wieder dem ursprünglichen Zustand entsprechen.

Gemeinderat Synes Ernst (CVP): Übrigens wurden die Spaghetti in den Abwasserleitungen bei der Betreiberin des Freibadrestaurants gerügt.

Norbert Riesen (SP): Besten Dank für die Antworten. ... *Mikrofon am Rednerpult abgestellt...* Eine Frage im Zusammenhang „Fassade/STRATUS“ wurde nicht beantwortet. Ist im STRATUS ein Sanierungsbetrag für das Freibad vorgesehen? Ich hoffe, dass diese Frage heute Abend beantwortet werden kann, ansonsten eine Beantwortung auf dem Protokollweg ebenfalls möglich wäre.

Philippe Gerber (EVP): Ich kann dir Norbert diese Frage gleich beantworten. Im Finanzplan werden für im Jahre 2010 Fr. 550'000.-- resp. 600'000.-- für Unterhaltsarbeiten im Freibad ausgewiesen. Als Hauseigentümer muss ich damit rechnen, dass die Hausleitungen inkl. Fassade einmal ersetzt werden müssen. Von den Gesamtkosten von Fr. 610'000.-- für das Modul Nr. 0 sind Fr. 100'000.-- über STRATUS abzurechnen. STRATUS wurde ins Leben gerufen, um Unterhaltsarbeiten vornehmen zu können.

Stets wird von den Gemeindebetriebe erwähnt, dass Leitungen eine Lebensdauer von rund 80 Jahren geniessen. Das Freibad ist heute rund 40 jährig. Was für Leitungen wurden damals gewählt, welche bereits jetzt ersetzt werden müssen?

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Zum eingetragenen Betrag STRATUS, wie in der Bantiger Post publiziert, möchte ich mitteilen, dass die Fr. 500'000.-- in diese Richtung zu betrachten sind. Dieser Betrag ist im Rahmen des gesamten Unterhalts zu

verstehen. Heinz Bornhauser wird dem Parlament Auskunft zu STRATUS und den vorgetragenen Fragen geben können.

Heinz Bornhauser (AL HBA): Zuerst möchte ich erklären, wie STRATUS funktioniert. STRATUS ist im Prinzip ein Budgetierungsprogramm, welches ebenfalls Auskunft über die zu renovierenden Teile im Freibad gibt. Den vorgesehenen Betrag im STRATUS für das Freibad kann ich nicht genau wiedergeben. Die Leitungsreparaturen inkl. die Fassadensanierungen sind im STRATUS definitiv nicht enthalten. Im STRATUS müssen auch keine Sachen erfasst werden, welche im Zusammenhang mit Leitungssanierungen stehen. Das Votum von Marc Sterchi möchte ich noch pointiert bestärken. In den Freibadgebäuden kommt rund alle fünf bis acht Meter je eine Leitung zum Vorschein. Die Leitungen müssen mittels Bodenaufbrüchen, Fassadendurchbrechungen etc. frei gelegt werden. Durch diese Arbeiten wird das Gebäude beschädigt. Im STRATUS ist dafür kein Betrag vorgesehen. Die Fassadendefekte werden durch die Leitungssanierung hervorgerufen und die Leitungssanierung ist letztendlich dafür verantwortlich, dass das Gebäude in den ursprünglichen Zustand zurückversetzt wird.

Walter Bruderer (FORUM): Die Fragen betreffend die Anzahl der Duschen und wie viel die langen Zu- und Abgangswege kosten, wurden noch nicht beantwortet. Die Grösse der Wasserfläche muss mit der Zunahme der Bevölkerung ebenfalls vergrössert werden. Diese Punkte möchte ich noch beantwortet wissen.

Herr Sterchi hat erwähnt, dass zuerst die Arbeiten im Freibadrestaurant an die Hand genommen werden müssen. Diesen Aspekt können wir unterstützen und deshalb haben wir vorgeschlagen, die Arbeiten etappiert anzugehen.

Nach der Aussage von Herrn Bornhauser stellt sich mir einmal mehr die Frage, können wir finanzielle Reserven für sogenannte Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten anlegen? Diese Problematik haben wir bereits bei mehreren Geschäften angetroffen. Mit anderen Worten: Wir sollten wieder einmal über die Eintrittspreise des Freibads diskutieren. Von jedem Freibadgast sollte explizit ein Franken für Sanierungsarbeiten beiseite gelegt werden. Dieser Vorsorgevorgang muss unbedingt stattfinden. Lucia Müller hat vor den Kommunalwahlen beliebt gemacht, sogenannte Fonds zu bilden, damit am Tag X die notwendigen Gelder zur Verfügung stehen.

Eduard Rippstein (CVP): Ich habe immer noch Mühe mit STRATUS und Gebäudeunterhalt. Das Gebäude steht auf einem Grundstück mit Leitungen, Infrastrukturen usw. Im Investitionsbudget 2009 sind Fr. 500'000.-- auch für „Gebäude“ vorgesehen. Heute wissen wir noch nicht, was wir mit dieser halben Million finanzieren wollen. Der Kredit von Fr. 610'000.-- für die Leitungssanierungen kann jedoch nicht gesenkt werden.

Marc Sterchi (AL GBT): Zur Basingrösse möchte ich anfügen, dass die Freibadbenützung sich in den letzten Jahren total verändert hat. Beim Bau des Freibades wur-

de eine Sportstätte für die körperliche Ertüchtigung gebaut. Heute ist das Freibad vermehrt für die geistige Ertüchtigung zuständig. Rund 70 % der Freibadgäste gehen nicht mehr primär schwimmen, sie wollen sich auf der Liegewiese ausruhen. Unser Wasserangebot ist mehr als ausreichend. Die Bassintiefe würde heute nicht mehr derart gross bemessen. Die Angst, dass mit der Wiesenerweiterung ein zusätzliches Bassin erstellt werden muss, ist absolut unbegründet. Wir haben uns schon überlegt, den Bassinhalt zu reduzieren, um den Wasserhaushalt reduzieren zu können.

Die Freibadpreise stehen in einem Missverhältnis zu den Ausgaben. Das Freibad muss unter „Lebensqualität von Ostermundigen“ abgebucht werden. Die Gemeinde Ostermundigen leistet sich das Freibad. Wir stehen im Konkurrenzkampf mit den städtischen Freibädern, welche Gratiseintritt anbieten. Wenn die Freibadpreise für Rückstellungen erhöht werden, verlieren wir noch mehr Gäste.

Ratspräsident: Mehr Wortmeldungen zum Thema „Wasser“ liegen nicht vor. Somit hat der Rat über die Änderungsanträge abzustimmen.

Änderungsantrag Nr. 3 der EVP-Fraktion:

1. *Für das Modul Nr. 0 (Spezialmodul) „Zwingende Leitungssanierungen“ wird ein Kredit von Fr. 510'000.-- genehmigt. Die Fassadeninstandstellungen müssen im Rahmen des normalen Unterhaltsplanung nach STRATUS ausgeführt werden.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 3 der EVP-Fraktion wird mit 17 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Änderungsantrag Nr. 2 der FORUM-Fraktion:

2009 sind nur alle Veloparkplätze inkl. jene Abwasserleitung zu ersetzen, die unter den Veloparkplätzen liegt. Das Restprogramm, jedoch OHNE alle MIV-Parkplätze, ist erst 2010 abzuwickeln.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 der FORUM-Fraktion wird mit 27 zu 5 Stimmen abgelehnt.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 12. März 2009

Ratspräsident: Somit können wir über das **Geschäft Nr. 14 a** die Schlussabstimmung vornehmen. Der GGR fasst mit 30 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Für das Modul Nr. 0 (Spezialmodul) „Zwingende Leitungssanierungen“ wird ein Kredit von Fr. 610'000.-- genehmigt.

Ratspräsident: Jetzt kann der Rat weiter zu Geschäft Nr. 14 b - Botschaftsbeschlussesziffern Nr. 2 bis 8 - debattieren.

Peter Wegmann (FDP): Im Oktober 2008 hat sich die FDP-Fraktion zur Volksmotion passiv verhalten. Was aus guten Gründen erfolgt ist: Erstens stellt das Motionsbegehren klaren Wunschbedarf in Aussicht. Die aktuelle Finanzsituation der Gemeinde Ostermundigen lässt noch keinen Spielraum für die Erfüllung von Wunschbedarf zu. Zweitens unterstreicht eine Volksmotion ein Begehren seitens der Bevölkerung. Ob die Motion mit lediglich 250 Unterschriften repräsentativ ist, sei dahingestellt. Trotzdem gilt es, die Volksmeinungen wahr zu nehmen. Und drittens sind wir der Auffassung, dass in unserer Gemeinde wichtigere Prioritäten an die Hand genommen werden müssen.

Das vorliegende Geschäft repräsentiert jetzt aber andere Perspektiven (erfreuliche und unerfreuliche Merkmale). Eine sachkundige Bearbeitung wurde vom Gemeinderat vorgenommen. Wir haben heute Abend die Möglichkeit, über mehrere Module zu entscheiden. Es gilt, einen Grundsatzentscheid zu vollziehen: Soll unserem Freibad weiterhin eine Zukunft in Aussicht gestellt werden, oder soll der Anlage das gleiche Schicksal zustossen wie seinerzeit dem Hallenbad? Unser Freibad erfreut sich in der Bevölkerung einer grossen Beliebtheit. Auch für das Schulwesen ist das Freibad nicht unbedeutend. Diesen Aspekten ist Rechnung zu tragen - auch im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung und dem damit verbundenen Bevölkerungszuwachs. Ergo ist auch die Attraktivität gefragt, welche das vorliegende Erweiterungsprojekt offenbart.

Weniger erfreulich ist der grosse finanzielle Aufwand für die Abwassersanierungsarbeiten. Nach 47 Betriebsjahren kann so etwas passieren, obwohl man im Fachbereich von 80 jähriger Leitungsbetriebsdauern aus geht. Für uns ist erkennbar, dass da noch einige „Altlasten“ auf uns zukommen werden.

Das Geschäft offenbart nicht nur Zwangs- sondern ebenfalls Wunschbedarf. Es ist bekannt, dass die FDP-Fraktion in Anbetracht der angespannten Finanzsituation bezüglich Wunschbedarf sehr zurückhaltend agiert und interveniert. Mit Blick auf eine föderative und attraktive Gemeindeentwicklung sind wir der Auffassung, dass eine Freibaderweiterung durchaus sinnvoll ist. Gefragt sind jetzt Mut und Weitblick für eine positive Entwicklung unseres Freibades sowie der Gemeinde Ostermundigen. Wir springen über den eigenen Schatten!

Einen Einwand zu Modul Nr. 3 a haben wir trotzdem anzubringen. Wir setzen uns für die Parkplätze ein, sofern die Sicherheit und die Kosten vereinbart werden können. Die ausgewiesenen Kosten von Fr. 173'500.-- sprengen die Schmerzgrenze. Für einen Parkplatz sollen satte Fr. 15'000.-- ausgegeben werden. Die damit verbundenen Sicherheiten taxieren wir als fragwürdig. Auch mit der vorhandenen Tempolimite (40 km/h) beim Freibad sind vor allem bei der Wegfahrt von den geplanten Parkplätzen grosse Gefahrenpotenzial infolge mangelnden Sichtverhältnisse auszumachen. Aus diesem Grund stellen wir den **Änderungsantrag Nr. 4:**

Das Modul Nr. 3 a ist beim Beschluss ersatzlos zu streichen.

Lediglich 11 zusätzliche Parkplätze bringen keine wesentliche Verbesserung der Parkplatzsituation mit sich.

Ratspräsident: Ich möchte den Rat darauf aufmerksam machen, dass ich im Anschluss an die Diskussion über die Beschlussesziffern Nr. 2 bis 8 einzeln abstimmen lassen werde.

Philippe Gerber (EVP): Die EVP-Fraktion hat mitgeholfen, den politischen Vorstoss an den Gemeinderat zu überweisen. Wir stehen nach wie vor zu diesem Schritt. Wir sind erstaunt über den Umstand, dass alle anfallenden Arbeiten resp. Projekte, welche die Gemeinde Ostermundigen auszuführen hat, stets teurer werden. Das Bauen wird momentan nicht generell teurer. Wir haben eine Variante „Freibaderweiterung mit Beachvolleyball“ mit Kosten von knapp Fr. 300'000.-- schon einmal abgelehnt. Damals wurden die Parkplätze mit Fr. 40'000.-- kalkuliert. Heute kostet das Beachvolleyballfeld allein Fr. 395'000.-- und die Parkplätze nochmals Fr. 300'000.--.

Alt-GGR-Mitglied Klaus Woodtli wollte seinerzeit ein Beachvolleyballfeld für Fr. 150'000.-- erstellen lassen. Diese Variante war dem Parlament zu teuer. An der letzten Debatte wurde noch beliebt gemacht, dass sämtliche Parlamentsmitglieder mit einer Schaufel aktiv bei der Erstellung eines Volleyballfeldes mithelfen und so die Kosten minimiert werden können. Jetzt, zwei Monate später, stellt uns der Gemeinderat die vorliegenden Module vor. Ich frage mich, wie der Gemeinderat seine Hausaufgaben erledigt.

Die Volksmotion wurde mit dem Willen überwiesen, dass die gewünschte Freibaderweiterung günstig/billig realisiert wird. Die Erweiterung des Freibades ist heute teurer den je. Die EVP stellt für die Beschlussesziffer Nr. 2 den **Änderungsantrag Nr. 5:**

Für das Modul Nr. 1 „Erweiterung Bad, Beachvolley“ wird ein maximales Kostendach von Fr. 250'000.-- genehmigt. Allfällige Beträge von Sponsoren oder Sportfonds können zusätzlich verwendet werden. Die Arbeiten sind so einfach und zweckmässig wie möglich auszuführen.

Dasselbe gilt aus der Sicht der EVP-Fraktion auch für die Veloparkplätze (Beschlussesziffer Nr. 3). Die Arbeiten seitens „Wasser“ sind bereits abgeschlossen und der Platz ist bereits geteert. Alles ist erledigt - es fehlen nur noch die Veloständer. Wir stellen zu Beschlussesziffer Nr. 3 den **Änderungsantrag Nr. 6:**

Für das Modul Nr. 2 „Veloparkplätze“ wird ein Kostendach von maximal Fr. 40'000.-- genehmigt. Es ist darauf zu achten, ob die bestehenden Velohalterungen weiter verwendet und ergänzt werden können.

Bei der Beschlussesziffer Nr. 4 (Modul 3 a) können wir uns dem Änderungsantrag Nr. 4 der FDP-Fraktion anschliessen. Die Parkplätze sind nicht zwingend und das Modul Nr. 3 a ist viel zu teuer. Mehr Parkplätze erzeugen Mehrverkehr. Um die Verkehrssi-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 12. März 2009

tuation zu entschärfen, können wir uns im Bereich Freibad eine „Tempo 30-Zone“ vorstellen.

Die Beschlusseziffern Nr. 5, 6 und 8 akzeptieren wir. Für die Ziffer Nr. 7 stellen wir den **Änderungsantrag Nr. 7:**

Die Gesamtkosten der beschlossenen Module gemäss vorstehenden Punkten (Beschlusseziffern Nr. 2 und 3) beläuft sich für die Gemeinde Ostermundigen auf maximal Fr. 290'000.--.

Sollte es nicht möglich sein, bei diesem Geschäft Geld zu sparen, müsste die EVP-Fraktion die Volksmotion ablehnen.

Rudolf Mahler (SP): Egon Julmi und die Vorredner haben die Geschichte der Volksmotion vom 30. Oktober 2008 bereits erklärt. Die Motion wurde damals an den Gemeinderat überwiesen und dieser hat schnell gehandelt. Zusammen mit der ARGE Ueli Zingg und Metron Bern AG wurde die vorliegende Botschaft erstellt.

In der mündlichen Begründung der Volksmotion wurde von einem einfachen Ausbaustandard gesprochen (→ auf ein Luxusprojekt sei zu verzichten). Die vorliegende Botschaft entspricht genau diesem Wunsch der Volksmotionäre. Der Gemeinderat ist dem Willen des Parlamentes gefolgt. Für die aufgezeigten Gesamtkosten wird rund 5'000 m² zusätzlicher Platz im Freibad geschaffen. Ein neuer Zaun, vier neue Bäume, neue Rasenflächen, zwei Beachvolleyfelder, zusätzliche Dusche und Sträucher, Erdbewegungen etc. sind mit viel Arbeit verbunden und kosten etwas. Die Leistungen werden nicht gratis erbracht. Die Freibaderweiterung sieht Gesamtkosten von Fr. 397'000.-- vor.

Die von Philippe Gerber geäusserten Angebote können mit dem heutigen Angebot nicht verglichen werden. Auch der Sportfondsbeitrag von Fr. 60'000.-- kann noch in Abzug gebracht werden. Somit stehen wir bei rund Fr. 340'000.--. Und wenn die beiden Herren Zeyer und Leumann ihren angekündigten Frondienst leisten werden, können die Kosten noch weiter gesenkt werden. Von einem Luxusprojekt dürfen wir nicht mehr sprechen.

Dass im Zusammenhang mit den Leitungssanierungen die Veloparkplätze neu erstellt werden müssen, ist logisch. Diese Arbeiten haben mit der Volksmotion nichts zu tun. Auch die Autoparkplätze haben die Motionäre nicht gewünscht. Wenn die vorliegende Freibaderweiterung vom Parlament nicht angenommen wird, begründet durch das Kostenargument „zu teuer“, hätte ich sowie die 250 Motionärinnen und Motionäre Mühe, den Entscheid zu akzeptieren. Ein grosszügiges Freibad für alt und jung trägt zur Attraktivierung unserer Gemeinde bei. Ich bitte den Rat, dem vorliegenden Geschäft inkl. Kreditantrag (Modul Nr. 1) zuzustimmen.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion war von der Volksmotion nie begeistert und hat diese auch abgelehnt. Wir respektieren jedoch den demokratischen Entscheid. Aus finanzpolitischer Sicht müssten wir das Geschäft ablehnen. Hier handelt es sich

ganz klar um Wunschbedarf. Trotzdem geben wir uns heute Abend als gute Demokraten und unterstützen das Geschäft.

Wir alle kennen den Finanzplan und die Prognose der Gemeindeentwicklung. Wir möchten auch einmal den Steueransatz senken können. Mit solchen Geschäften wird dieses Ziel in weite Ferne gerückt.

Walter Bruderer (FORUM): Ein Teil von Ernst Hirsigers Aussage könnte ich ebenfalls unterzeichnen. Beachvolleyball ist nun beschlossen und das FORUM will dies auch. Bereits vor 12 oder 13 Jahren haben wir dies vorgeschlagen und damals wurde unser Vorschlag grosszügig abgelehnt. Auch die Veloplätze sollten installiert werden. Eine Begründung für die Senkung der vorgesehenen Kosten von Fr. 61'000.-- auf Fr. 50'000.-- ist für mich nur schwer nachvollziehbar. Auch beim Modul Nr. 1 ist eine Reduktion des Kredits von Fr. 397'000.-- kaum begründbar. Die Leitungsarbeiten sind als gebundene Ausgaben gegeben.

Was in der Volksmotion nicht verlangt wird, ist der Ausbau der Parkplätze. Seinerzeit wurden zwei Beachvolleyballfelder verlangt und diese werden mit der Botschaftsgenehmigung eingerichtet. Dass jetzt das Freibad noch erweitert wird und mehr Besuchende anlockt, kann ich nachvollziehen. Eine Kreditsprechung von Fr. 173'500.-- für Autoparkplätze kann ich nicht akzeptieren. Ich bitte die Ratsmitglieder, die Autoparkplätze aus dem Beschluss zu streichen.

Eduard Rippstein (CVP): Heute Abend erstmals ein positives Votum von mir: Die CVP-Fraktion kann die Module Nr. 1 und 2 unterstützen. Wir werden dem Änderungsantrag Nr. 4 der FDP-Fraktion Folge leisten. Wir setzen uns für eine Freibaderweiterung von Fr. 250'000.-- plus Fr. 60'000.-- für die neuen Veloparkplätze (= total Fr. 310'000.--) ein. Von Seiten Gemeinderat sollte ein Zeichen zum billiger werden gesetzt werden. Das Geschäft kennt eine Vorlaufzeit von ca. 12 Jahren und der GGR setzte sich stets für eine günstige Lösung ein. Jede neue Eingabe war immer teurer als die Vorgängerin.

Norbert Riesen (SP): Im Grundsatz zeichnet sich heute Abend eine Einigung ab. Ich glaube, dass nicht mehr viele Parlamentsmitglieder an den Parkplätzen festhalten werden. Für mich stellen sich noch die folgenden Grundsatzpunkte:

- Es gilt jetzt eine Grundsatzlösung anzustreben. Seinerzeit wurde der Bevölkerung bei der Hallenbadschliessung ein attraktives Freibad versprochen. Das 15 bis 20 jährige Versprechen gilt es nun einzulösen. Ich persönlich werde den EVP-Änderungsantrag Nr. 5 nicht unterstützen. Die Kreditsumme von Fr. 397'000.-- steht im Zusammenhang „Ausgaben für die Wasserleitungen“ mit „positive Besucherzahlen dank Attraktivierung“ in keiner schlechten Relation. Ich bitte den Rat, da keine Kreditkürzung vorzunehmen.
- Im Vorfeld habe ich auf die Rechtsfragen „Einheit der Materie“ und „Instandstellungsverfügung“ hingewiesen. In Bezug auf das Gesuch an den Sportfonds sind

alle Neuerungen anzugeben. Der Sandteil sollte so gross angelegt werden, dass inskünftig auch Beachhandball und -fussball gespielt werden können. Unter Umständen erhalten wir dann eine Rückvergütung via Sportfonds. Hier sollte eine aktive Vorprüfung vorgenommen werden.

- ÖV: Ich bin kein guter Freibadgänger. In den Sommermonaten Juli/August ist das Freibad länger offen. Während dieser Zeit sollten ebenfalls die RBS-Busse länger zirkulieren. Die Gemeinde hat diesbezüglich bei den RBS vorstellig zu werden.

Philippe Gerber (EVP): Dem Votum von Norbert Riesen möchte ich anfügen, dass unser Vorschlag nicht zu weit weg vom effektiven Budget steht. Für die Gemeinde ergibt sich ein klarer Kostenrahmen von Fr. 250'000.--. Wenn letztendlich mehr Subventionsbeiträge als kalkuliert gesprochen werden, so liegt dies im Rahmen des möglichen. Ich möchte dem Parlament beliebt machen, der billigeren, dafür gescheiteren Variante den Vorzug zu geben.

Norbert Riesen (SP): Für mich gilt nach wie vor das Bruttoprinzip.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Besten Dank für die positiven Bemerkungen. Ich werde versuchen, die Unklarheit noch zu beantworten. Zuerst zum Änderungsantrag Nr. 5 der EVP-Fraktion. In der Botschaft wird erwähnt, dass neben der Teuerungszulage kein überbessenen Beträge kalkuliert worden sind und der Gemeinderat auf die Kreditsumme von Fr. 397'000.-- gekommen ist. Norbert Riesen hat korrekt darauf aufmerksam gemacht, dass wenn die Kreditsumme auf Fr. 290'000.-- reduziert wird, auch der Sportfonds dementsprechend berechnet wird.

① Parkplätze ja/nein

Das Parlament kann sich entsprechend dazu äussern. Ich möchte erwähnen, dass bei einer Freibaderweiterung die Gesamtproblematik angeschaut werden muss. Da kommt auch das Thema „Verkehr und Sicherheit“ zum Zuge. Aus diesem Grund kommen auch die einzelnen Module zur Anwendung. Es steht dem GGR frei, einzelne Module anzunehmen.

① Schaufeln - freiwillige Mitarbeit

Die Arbeiten werden an eine Firma vergeben und diese hat den Auftrag entsprechend umzusetzen. Ob hier freiwillige Mitarbeit eingebracht werden kann, bleibe dahingestellt.

① Die im Vorfeld gestellten Fragen von Walter Bruderer: Müssten neu die Freibadbesuchenden, die mit dem Velo kommen, weder auf dem Hin- noch Rückweg den Dennigkofenweg zur Hälfte queren?

Diese Frage wird im Rahmen der Überprüfung des Verkehrskonzepts geprüft.

① Freibaderweiterung: Kürzung der Kreditsumme

Es ist vorgesehen, in Fahrtrichtung Gümligen die Veloparkplätze auf der rechten Strassenseite auf die gegenüberliegende Seite zu verlegen. Die alten Veloständer müssen teilweise ersetzt werden.

① Kann der MIV an Samstag/Sonntag/Feiertag und während der Ferienzeit im Dennigkofenschulareal parkieren?

Diesem Vorhaben steht grundsätzlich nichts entgegen. Eine Parkplatzbewirtschaftung ist vorgesehen.

① Warum will der Gemeinderat erreichen, dass mit Ausnahme der Gehbehinderten möglichst viele Einwohner mit dem Auto oder Motorrad ins Freibad fahren?

Diese Frage kann so nicht gestellt werden. Bei der Freibaderweiterung hat der Gemeinderat das Verkehrsproblem nicht ausser Acht gelassen.

① Welche Ärzte haben empfohlen, sich möglichst unbedeckt und möglichst lange in der prallen Sonne aufzuhalten sowie bei Ozonbelastung sich im Freien körperlich zu betätigen?

Der Gemeinderat hat keine Ärzte konsultiert. Dies würde den Rahmen der Botschaft bei weitem Sprengen.

① Ist eine zusätzliche Kaldusche zwingend? Wie viele vermeidbare Leitungsmehrmeter entstehen dadurch?

Aus hygienischen Gründen und um unnötigen Sand, Gras etc. ins Bad zu tragen, ist eine Dusche notwendig. Ich möchte eine Gegenfrage stellen: Was ist wichtiger: Sauberkeit/Hygiene, Vorsichtsmassnahmen oder einige zusätzliche Leitungsmeter?

① Bei der Bevölkerungsbefragung hat das Freibad äusserst schlecht abgeschnitten.

Die Auswertung der Umfrage lag bei der Erstellung der vorliegenden Botschaft noch nicht vor und somit können zum heutigen Zeitpunkt keine Antworten erteilt werden.

Heinz Bornhauser (AL HBA): Zu den Parkplätzen kann ich noch anfügen, dass wir beim vorliegenden Geschäft bewusst mit Modulen gearbeitet haben. Somit steht es ausschliesslich dem Parlament zu, bei den Modulen ja oder nein zu sagen. Im Preissegment der Parkplätze sind sämtliche Erdarbeiten, Foundationen, Hecken, Randabschlüsse etc. inbegriffen.

Zum Änderungsantrag der EVP-Fraktion möchte ich noch erwähnen, dass beim vorliegenden Projekt auf Luxusausführungen bewusst verzichtet worden ist. Wir stellten dem Parlament ein solides und professionelles Projekt vor. Es ist nicht möglich, eine Freibaderweiterung mit den vorgeschlagenen Preisen der EVP-Fraktion zu realisieren. Im Rahmen der Realisierung werden wir versuchen, die Arbeiten möglichst günstig auszuführen. Wir werden jede Gelegenheit nutzen, Vergünstigungen anzustreben. Es ist nicht möglich, eine Kreditsumme ohne Einschränkungen von knapp

Fr. 400'000.-- auf Fr. 250'000.-- zu reduzieren. Diese Illusion muss ich vehement widerlegen.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): In diesem Zusammenhang möchte ich dem Parlament beliebt machen, die Änderungsanträge der EVP-Fraktion entsprechend abzulehnen. Das Parlament darf durchaus vertrauen in den Gemeinderat und die Verwaltungsangestellten haben.

Thomas Wegmüller (SVP): In der Botschaft wird auf Seite 7 erwähnt, dass die SLRG den Vertrag für die Überwachungsaufgaben im Freibad für die neue Saison 2009 gekündigt hat. Haben wir hier mit Folgekosten zu rechnen? Ein grösseres Freibad bedingt mehr Aufsichtspersonal. Liegen hier „versteckte Kosten“ vor? Es ist mir unverständlich, wieso die SLRG den Vertrag gekündigt hat. Mit der Errichtung von Beachvolleyballfeldern werden die Überwachungsaufgaben in Zukunft zunehmen.

Philippe Gerber (EVP): Ich rechne anders. Die Logik der Gemeinde betreffend den Subventionsbeiträgen kann ich nicht nachvollziehen. Die Differenz zwischen der Berechnung des Gemeinderates und die der EVP-Fraktion beträgt Fr. 25'000.--. Die eingerechneten Reserven der Gemeinde betragen Fr. 22'500.--. Wenn jetzt nicht Fr. 3'000.-- von der Gemeinde eingespart werden können...

Marc Sterchi (AL GBT): Die SLRG hat in ihren Auftrag: Retten und Bergen. In den letzten Jahren kam es immer weniger zu Retten und Bergen. Die Ertrinkenden sind glücklicherweise relativ rar. Die SLRG-Mitglieder, welche privat im Freibad mitgearbeitet haben, müssen überzeugt werden, dass sie nicht mehr Retten/Bergen, sondern zu 95 % Überwachungsaufgaben auszuführen haben.

Selbstverständlich wird die SLRG-Kündigung Konsequenzen im Freibadbetrieb verursachen. Wir klären zurzeit ab, ob diese Überwachungsaufgaben in Zukunft von Studentinnen und Studenten übernommen werden könnten. Die Abklärungen müssen unabhängig der Freibaderweiterung an die Hand genommen werden. Der Mehraufwand im Zusammenhang mit der Freibaderweiterung wurde in der Botschaft ausgewiesen. Die Kosten stehen in engem Zusammenhang mit der Besucherfrequenz. Die Überwachungsarbeiten nehmen bei grossem Publikumsverkehr nicht unwesentlich zu.

Die Gemeinde steht in Bezug auf die Überwachung im Freibad in einer Haftungsschuld. Jeder Unfall, welcher im Freibad geschieht, ist ein Unfall zu viel.

Christian Zeyer (SP): Mir ist die Geometrie der vorliegenden Rechnung nicht bekannt. Meine Erfahrungen beim Bauen liegen darin, dass am besten gespart wird, indem irgend etwas weggelassen wird und nicht, in dem man billiger baut. Wir können sparen: Wir verzichten auf die Parkplätze.

Ratspräsident: Weitere Wortmeldungen zum Thema „Wasser“ liegen nicht vor. Somit hat der Rat über die diversen Änderungsanträge und Beschlusseziffern abzustimmen.

Der **Änderungsantrag Nr. 4** der FDP-Fraktion zu Beschlusseziffer Nr. 4 lautet:

Das Modul Nr. 3 a (Parkplätze im Bereich der Baderweiterung) ist im Beschluss ersatzlos zu streichen.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 4 der FDP-Fraktion wird mit 28 zu 0 Stimmen genehmigt.

Die EVP stellt für die Beschlusseziffer Nr. 2 den **Änderungsantrag Nr. 5:**

Für das Modul Nr. 1 „Erweiterung Bad, Beachvolley“ wird ein maximales Kostendach von Fr. 250'000.-- genehmigt. Allfällige Beträge von Sponsoren oder Sportfonds können zusätzlich verwendet werden. Die Arbeiten sind so einfach und zweckmässig wie möglich auszuführen.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 5 der EVP-Fraktion wird mit 29 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident: Das Parlament kann über die Beschlusseziffer Nr. 2 wie in der Botenschaft vorliegend die Schlussabstimmung vornehmen. Der GGR fasst mit 32 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

2. Für das Modul Nr. 1 „Erweiterung Bad, Beachvolley“ wird ein Kredit von Fr. 397'000.-- genehmigt.

Ratspräsident: Für die Beschlusseziffer Nr. 3 liegt ein **Änderungsantrag Nr. 6** der EVP-Fraktion vor.

Für das Modul Nr. 2 „Veloparkplätze“ wird ein Kostendach von maximal Fr. 40'000.-- genehmigt. Es ist darauf zu achten, ob die bestehenden Velohalterungen weiter verwendet und ergänzt werden können.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 6 der EVP-Fraktion wird mit 29 zu 6 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident: Das Parlament hat ebenfalls über die Beschlussesziffer Nr. 3 wie in der Botschaft vorliegend die Schlussabstimmung vornehmen. Der GGR fasst mit 31 zu 1 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

3. Für das Modul Nr. 2 „Veloparkplätze“ wird ein Kredit von Fr. 61'000.-- genehmigt.

Ratspräsident: Das Parlament hat über die unveränderten Beschlussesziffern Nr. 5 und 6 abzustimmen. Der GGR fasst mit 27 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

5. Das Modul Nr. 3 b „Parkplätze im Bereich der bestehenden Liegewiese“ mit Kosten von Fr. 298'000.-- wird zur Kenntnis genommen aber nicht umgesetzt.

Ratspräsident: Wir kommen zur Beschlussesziffer Nr. 6: Der GGR fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

6. Das Modul Nr. 4 „Optimierung und Erweiterung PW-Parkplätze mit Verlegung Strasse“ mit Kosten von Fr. 1'474'500.-- wird zur Kenntnis genommen aber nicht umgesetzt.

Ratspräsident: Für die Beschlussesziffer Nr. 7 liegt der **Änderungsantrag Nr. 7** der EVP-Fraktion vor:

Die Gesamtkosten der beschlossenen Module gemäss vorstehenden Punkten (Beschlussesziffern Nr. 2 und 3) beläuft sich für die Gemeinde Ostermündigen auf maximal Fr. 290'000.--.

Die Beschlusseziffer Nr. 7 lautet korrigiert wie folgt:

Die Gesamtkosten der beschlossenen Module gemäss vorstehenden Punkten 2 und 3 (Module Nr. 1 und 2) von Fr. 458'000.-- werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der GGR fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

7. Die Gesamtkosten der beschlossenen Module gemäss vorstehenden Punkten 2 und 3 (Module Nr. 1 und 2) von Fr. 458'000.-- werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ratspräsident: Das Parlament hat noch über die Beschlusseziffer Nr. 8 abzustimmen. Der GGR fasst mit 35 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

8. Die Volksmotion betreffend Erweiterung Freibad Dennigkofen sowie das Postulat der SP-Fraktion betreffend Erstellung einer kombinierten Beachsoccer-/Beachvolleyanlage werden als erledigt abgeschrieben.

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Besten Dank für die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft. Wir werden bestrebt sein, jetzt das Bestmögliche so rasch als möglich zu erledigen.

Norbert Riesen (SP): Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass der Betrag für die Attraktivierung des Freibads und damit die Umsetzung der Volksmotion Fr. 458'000.-- ausmacht.

Ratssekretär: Zur besseren Übersicht nochmals der **Gesamtbeschluss** zum vorliegenden Geschäft Nr. 14:

14 a	1. Für das Modul Nr. 0 (Spezialmodul) „Zwingende Leitungssanierungen im Freibad Ostermundigen“ wird ein Kredit von Fr. 610'000.-- genehmigt.
14 b	2. Für das Modul Nr. 1 „Beach-Volley“ wird ein Kredit von Fr. 397'000.-- genehmigt.

	<ol style="list-style-type: none">3. Für das Modul Nr. 2 „Veloparkplätze“ wird ein Kredit von Fr. 61'000.-- genehmigt.4. Das Modul Nr. 3a (Parkplätze im Bereich der Baderweiterung ist im Beschluss ersatzlos zu streichen.5. Das Modul Nr. 3b „Parkplätze im Bereich der bestehenden Liegewiese“ mit Kosten von Fr. 298'000.-- wird zur Kenntnis genommen aber nicht umgesetzt.6. Das Modul Nr. 4 „Optimierung und Erweiterung PW-Parkplätze mit Verlegung Strasse“ mit Kosten von Fr. 1'474'500.-- wird zur Kenntnis genommen aber nicht umgesetzt.7. Die Gesamtkosten der beschlossenen Module gemäss vorstehenden Positionen a und b (Module 1 + 2) von Fr. 458'000.-- werden zustimmend zur Kenntnis genommen.8. Die Volksmotion betreffend Erweiterung Freibad Dennigkofen sowie das Postulat der SP-Fraktion betreffend Erstellung einer kombinierten Beach-soccer/Beachvolleyanlage werden als erledigt abgeschrieben.
--	---

15 10.442 Liegenschafts- und Landbeschaffung (Erwerb von Miete/Pacht)
 10.2202 Zonenplanänderung Flurweg

Zonenplanänderung (ZPÄ) Flurweg: Landerwerb ab der Parzelle Nr. 1239 im Bereich des Jugend- und Freizeithauses - Kreditabrechnung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Die Diskussion wird nicht gewünscht. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Zonenplanänderung Flurweg: Die Kreditabrechnung über den „Landerwerb ab der Parzelle Nr. 1239“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 643'145.05, wird zur Kenntnis genommen.

16 30.463 Wohnbauten Rütliweg 92 - 102

Wohnbauten Rütliweg: Projektierung Gesamtsanierung - Kreditabrechnung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Peter Wegmann (FDP): Im September 2003 hat die FDP-Fraktion mit Vehemenz den Verkauf der Rütli-Liegenschaften befürwortet; verbunden mit absolut nachhaltigen Elementen. Es kam letztendlich nicht sofort zum Verkauf und der Finanzhaushalt der Gemeinde Ostermundigen wurde mit Fr. 220'000.-- zusätzlich belastet. Schade, dieses Geld hätte wesentlich nutzbringender für den Freibadausbau gebraucht werden können. An dieser Feststellung ändert auch der Sachverhalt des nun mehr vorgenommenen Verkaufs an die GVB nichts mehr. Vielleicht wäre bereits im Jahre 2003 ein solches Unterfangen möglich gewesen.

In diesem Sinn wünsche ich mir in Zukunft besser durchdachte und vorabgeklärte Botschaftsunterlagen und Vorlagen. Der massive Sanierungsbedarf war ohne grosse Vorabklärungen bekannt. Ansonsten habe ich zu diesem Geschäft nicht beizufügen.

Norbert Riesen (SP): Deine Berechnung, Peter, ist korrekt. Jedoch hast du nur eine Hälfte berücksichtigt. Der damalige Verkauf der Liegenschaften wurde zu einem Preis von 10,4 Mio. Franken vom Parlament abgelehnt. Später konnten die Liegenschaften zu 12,1 Mio. Franken veräussert werden. Die rund 1,5 Mio. Franken müssen auch in die Rechnung miteinbezogen werden. Der damalige Entscheid, die Liegenschaften nicht zu 10,5 Mio. Franken zu verkaufen, war richtig.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion kann sich mit der Kreditabrechnung einverstanden erklären. Uns ging es nicht primär um den Verkauf der Liegenschaften, sondern viel mehr um die Kündigung von langjährigen Mietern. Uns waren diese Personen so viel Wert, dass wir uns gegen den Entscheid eines Verkaufs ausgesprochen haben.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung für die Projektierungsarbeiten bis und mit Bauprojekt mit Kostenvoranschlag im Zusammenhang mit der ursprünglich vorgesehenen Gesamtsanierung der Rütlihäuser Nr. 92 - 102, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 220'381.95, wird zur Kenntnis genommen.

Nahwärmeverbund Dennigkofen; Kreditabrechnung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Schade, dass die ökologischen Leistungen (BHKW²) nicht vorliegen. Die Anschaffung war wohl zu teuer. Wo bleibt die ökologische Leistung des Nahwärmeverbundes? Diese offenen Gedanken müssen aufgenommen werden und zu gegebener Zeit (z. B. Turnhallenumbau) wieder aktiviert werden. Das Thema „Holzschnitzelheizung“, günstigere „BHKW“ dürfen noch nicht schubladiert werden.

Walter Bruderer (FORUM): Wenn wieder einmal ein ähnliches Geschäft vorgelegt wird, wäre es sachdienlich, wenn in der Botschaft Aussagen zum Betrieb festgehalten werden. Wie hat sich der Nahwärmeverbund auf den Energieverbrauch ausgewirkt?

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Das Gedankengut von Christian Zeyer werden wir weiter verfolgen und wird bei der Sanierung des Hallentrakts Dennigkofen entsprechend berücksichtigt.

Dem Votum von Walter Bruderer möchte ich anfügen, dass wir von der Verwaltung sehr viel verlangen dürfen resp. können. Schlussendlich müssen auch wir rationell arbeiten. Es ist mit einem riesigen Kostenaufwand möglich, die Auswirkungen des Energieverbrauchs detailliert aufzuzeigen.

Ratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung für Projektierung und Umsetzung des Projekts „Nahwärmeverbund Dennigkofen“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 783'879.10, wird zur Kenntnis genommen.

² Wikipedia: Ein **Blockheizkraftwerk (BHKW)** ist eine **modular** aufgebaute **Anlage** zur Erzeugung von **elektrischem Strom** und **Wärme**, die vorzugsweise am Ort des Wärmeverbrauchs betrieben wird, aber auch Nutzwärme in ein Nahwärmenetz einspeisen kann. Sie setzt dazu das Prinzip der **Kraft-Wärme-Kopplung** ein.

18 30.421 Schulhaus Bernstrasse

Schulanlage Bernstrasse: Bauliche Massnahmen - Kreditabrechnung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Die Diskussion wird nicht gewünscht. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung für die Umsetzung der Arbeiten für schulische Belange in der Schulanlage Bernstrasse, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 1'059'592.30, wird zur Kenntnis genommen.

Schulanlage Rüti: Bauliche Sofortmassnahmen - Kreditabrechnung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Die Diskussion wird nicht gewünscht. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung für die unterbrochenen Arbeiten im Zusammenhang mit den Sofortmassnahmen in der Schulanlage Rüti, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 571'493.75, wird zur Kenntnis genommen.

20 10.372 Motionen
10.2262 Richtplanung "ESP Bahnhof Ostermundigen"

Motion der FDP-Fraktion betreffend ESP-Bahnhof Ostermundigen, bearbeiten der Entwicklungsblockaden; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt:

- 1. Die Blockaden, die den Planungsfortschritt im ESP Bahnhof Ostermundigen hindern, einzeln aufzulisten.*
- 2. Für jeden Hinderungsgrund, Massnahmen zum Abbauen des Blockadenpotentials aufzuzeigen.*
- 3. Dem GGR zwei Sitzungen vor dem Vorlegen eines Tramprojekts, spätestens aber innert 2 Jahren die Resultate in einem Bericht vorzulegen.*

Begründung

Das Tramprojekt „Ersatz Buslinie 10“ befindet sich aktuell in der Planung mit geplantem Realisierungsstart 2014. Damit muss der Kreuzungspunkt Tram/Bahnlinie beim Bahnhof Ostermundigen neu gestaltet werden. In diesem Zusammenhang macht es Sinn, die Planung des ESP Bahnhofs Ostermundigen zu überprüfen.

Das Potential z. B. für eine Planung mit folgenden Merkmalen soll parallel zum Tramprojekt zur Nutzung eingeplant werden:

- Verkehrsknoten Bern-Ost mit attraktiver Umsteigemöglichkeit Bahn/Bus, Busbahnhof als Ausgangspunkt zum Erreichen vieler attraktiver Punkte der Stadt Bern ohne Umsteigen.*
- Ökologisch optimiertes Zentrum mit:*
 - 1. Besucherintensiven Gemeindefunktionen*
 - 2. Attraktiven Einkaufsmöglichkeiten*
 - 3. Gut erschlossenen Büro/Laborarbeitsplätzen für Firmensitze*
 - 4. Attraktivem, gut erschlossenem Wohnraum (z. B. in Stockwerken 5 - 20)*

Die Erreichbarkeit des Perrons 2 ohne Treppen ist bereits in zwei Vorstössen des Parlaments verlangt worden. Diese Forderung bleibt nach wie vor klar bestehen und soll dringend und sinnvoll im richtigen Rahmen umgesetzt werden.

Mit diesem Auftrag können folgende Nachteile effektiv und ohne Verzögerung bearbeitet werden:

- *Landeigentümerin SBB hat aktuell kein Interesse, das Bahnhofareal konkret zu modernisieren. Betreiberin des Bahnhofs ist die BLS.*
- *Das grosse Potential des ESP Bahnhofs Ostermundigen für die Gemeindeentwicklung liegt brach.*
- *Statt eines urbanen, einwohnerfreundlichen Gemeindezentrums müssen wir mit einem Konglomerat aus wesensfremder Industrie, unübersichtlichem Verkehr ohne Konzept, nicht attraktivem Wohnraum usw. leben.*

Heinz Gfeller (FDP): Unser Ziel mit dieser Motion ist: Wir wollen klar und unmissverständlich den Willen der Gemeinde Ostermundigen kundtun. Mit unserem Bahnhofareal soll jetzt etwas Sinnvolles geschehen. Parallel zur Projektierung des Tramprojektes, das jetzt vom Kanton entwickelt wird, wollen wir wissen, wie unser Bahnhofareal als Ganzes ausgebaut werden kann. Im Zusammenhang mit der Motionsvorbereitung habe ich von einem professionellen Projektentwickler den Bescheid erhalten, er würde eine Tagung moderieren mit allen involvierten Kontrahenten und 5 bis 10 interessierten Investoren, die er an den Tisch bringen würde. Und das als Aquisitionsaufwand ohne unmittelbare Kosten, weil das Areal eine so grosse Attraktivität aufweist. Klar ist, die Gemeinde ist so oder so involviert in eine solche Projektentwicklung:

- Als Regulator für die baulichen Rahmenbedingungen des Areals (da liegt eine gute Ausgangslage bereit)
- Als Grundeigentümer der öffentlichen Bereiche (Strassen- Bahnkreuzung)
- Als Interessierte für ein attraktives Zentrum mit vielen guten ÖV-Verbindungen

Wichtig ist auch eine gute Vertretung unserer Anliegen in der Regionalplanung:

- Es darf nicht sein, dass der ESP aus der Sicht des Kantons zurückgestuft werden soll. Dies muss verhindert werden.

Die Motion habt Ihr gelesen. Sie soll als Vorbereitung für die Initialisierung eines guten Projektentwicklungsprozesses als Hauptzielsetzung dienen. In diesem Sinne bitten wir das Parlament, die Motion zu überweisen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Gestützt auf bisher geführte Diskussionen dürfen wir in einem Punkt eine grosse Übereinstimmung feststellen: Eine bauliche Entwicklung beim Bahnhof ist sehr erwünscht und die Behörden sind bereit, diese Entwicklung mit finanziellen Beiträgen zu unterstützen, falls geeignete Massnahmen vorgelegt werden.

Gestützt auf die Erfahrungen der letzten Jahre müssen wir feststellen, dass hauptsächlich ein Grund für das Ausbleiben der baulichen Entwicklung verantwortlich ist: Die nicht vorhandene Nachfrage nach Neubauten für Dienstleistungen und Verkauf. Die fehlende Nachfrage in diesen Sektoren stellen wir nicht nur beim Bahnhof fest,

sondern ebenfalls im Mösli und in der Waldeck. Und wir stehen nicht allein da mit dieser Erkenntnis, in den Nachbargemeinden wird die gleiche Erfahrung gemacht.

Erschwerend kommt beim Bahnhof dazu, dass mit der Option des 4. Gleises, den unterirdischen Infrastrukturanlagen und dem intensiven Bahnbetrieb die Rahmenbedingungen hohe Anforderungen an eine Überbauung des Areals stellen. Wenn die Nachfrage schon nicht gross ist, dann ist sie in „schwierigem Gelände“ noch wesentlich kleiner als bei problemlos bebaubaren Grundstücken.

Weiter ist fest zu stellen, dass seitens der Grundeigentümerin kein Druck für eine bauliche Entwicklung aufgebaut wird. Offenbar können sie mit der fehlenden Nachfrage „leben“.

Aus planerischer Sicht hat die Gemeinde ihre Hausaufgaben erledigt. Zurzeit liegen eine rechtsgültige Überbauungsordnung für den Bereich der Unterführung vor, sowie eine rechtsgültige Zonen mit Planungspflicht für die angrenzenden Areale. Gegen eine neue Beplanung sprechen das Prinzip der Planbeständigkeit, sowie die Tatsache, dass sich die Situation bei der Nachfrage allein durch eine neue Planung nicht verändert.

Die in der Begründung der Motion aufgeführten Merkmale für eine neue Planung werden mit den rechtsgültigen Bauvorschriften bereits ermöglicht - mit einer Ausnahme: Der Wohnnutzung. Der Bahnhof ist ein Verkehrsknoten, sämtliche Ostermundiger Buslinien werden über den Bahnhof geführt. Mit dem Ortsbuskonzept wird zurzeit geprüft, ob weitere Buslinien beantragt werden können - aus heutiger Sicht ist nicht anzunehmen, dass deswegen die Überbauungsordnung für die Unterführung überarbeitet werden müsste.

Die in der Begründung vorgeschlagenen besucherintensiven Gemeindefunktionen, attraktiven Einkaufsmöglichkeiten und gut erschlossenen Büro- und Laborarbeitsplätze können alle, gestützt auf die geltenden Bauvorschriften, realisiert werden. Die Motionäre bringen zusätzlich die Idee ein, in den Geschossen 5 - 20 attraktive Wohnungen zu ermöglichen. Diese Idee ist neu - die gültigen Bauvorschriften sehen weder Hochhäuser noch eine Wohnnutzung vor. Zu dieser neuen Idee erlaube ich mir zwei Bemerkungen:

- Das regionale Hochhauskonzept (Genehmigung im Sommer 2009) schreibt vor, wie bei Hochhäusern vorzugehen ist. U. a. muss ein aus Experten zusammengesetztes Qualitätsteam eingesetzt werden, und ohne Architekturwettbewerb wird kaum ein Hochhaus bewilligt werden. Es wäre völlig unverhältnismässig, wenn die Gemeinde ein solches Verfahren durchspielen würde, ohne dass ein Investor sich verpflichtet, tatsächlich ein Hochhaus zu realisieren.
- Zudem besitzt Ostermundigen heute verhältnismässig viele Baulandreserven für ruhig gelegene Wohnungen. Dass die Nachfrage nach Wohnungen beim Bahnhof wirklich gross ist, ist nicht erwiesen.

Wie bereits erwähnt: Wir sind uns alle einig, dass eine bauliche Entwicklung beim Bahnhof sehr erwünscht ist. Das Parlament hat im letzten Herbst die Bereitschaft signalisiert, für einen vorgezogenen Ausbau der Unterführung finanzielle Mittel ein-

zusetzen, weil damit zusätzlich zur behindertengerechten Erschliessung von Perron 2 auch ein Anreiz für die bauliche Entwicklung gegeben werden kann. Mittlerweile haben Gespräche mit dem wichtigsten Partner, dem kantonalen Amt für öffentlichen Verkehr, stattgefunden. Die Bereitschaft, einen vorgezogenen Ausbau der Unterführung zu unterstützen, ist grundsätzlich vorhanden. Allerdings nur im Zusammenhang und im Rahmen des Projekts „Tram Region Bern“. Das heisst, der Ausbau der Unterführung wird bis auf weiteres von der Projektorganisation für das Tram Region Bern bearbeitet. Die Gemeinde hat direkten Einfluss auf die Bearbeitung des Projekts, da sie in mehreren Gremien der Projektorganisation vertreten ist.

Es ist aus heutiger Sicht denkbar, dass die Unterführung als eine der ersten Etappen des Tramprojekts ausgebaut wird, aber ohne die Vorarbeiten für das gesamte Projekt und die notwendigen Beschlüsse geht es nicht. Das Projekt „Tram Region Bern“ erweist sich somit für Ostermundigen als Triebfeder, um die Unterführung in den nächsten Jahren ausbauen zu können. Gleichzeitig erweist sich das Projekt auch als Taktgeber - und dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Takt nicht beliebig erhöht und einzelne Etappen nicht beliebig vorgezogen werden können.

Damit ist für den Gemeinderat der Weg aufgezeigt:

- Das Projekt „Tram Region Bern“ ist für die Entwicklung des Bahnhofareals von zentraler Bedeutung und wird vom Gemeinderat aktiv unterstützt.
- Im Bereich der Ortsplanung drängen sich zurzeit keine weiteren Schritte auf.
- Der Gemeinderat hält Augen und Ohren offen, um als Vermittler zwischen Grundeigentümern und Investoren aktiv werden zu können. Einzelne Kontakte haben stattgefunden, konkrete Ergebnisse können jedoch nicht vorgelegt werden.

In den Augen des Gemeinderates ist die Motion bereits erfüllt: Die Hauptblockaden sind erkannt, nämlich die geringe Nachfrage und die anforderungsreichen Rahmenbedingungen und dem Parlament ist auch bekannt, wie sich der Gemeinderat in dieser Situation verhalten will. Der Gemeinderat wird das Parlament sobald als möglich über konkrete Entwicklungsschritte beim Bahnhof informieren. Ein weitergehender Auftrag drängt sich aus Sicht des Gemeinderats nicht auf.

Unter der Voraussetzung, dass die Motion gleichzeitig abgeschrieben wird, hat der Gemeinderat nichts gegen die Überweisung einzuwenden. Sollte die Motion nicht abgeschrieben werden, ist der Gemeinderat nicht bereit, die Motion entgegen zu nehmen. Für diesen Fall erlaube ich mir noch den Hinweis, dass die Motion in die Zuständigkeit des Gemeinderats fällt und dass es sich deshalb um einen Beschluss im Sinne einer Richtlinie handeln würde.

Heinz Gfeller (FDP): Besten Dank für die Teilantworten. Die Motion will, dass die Hindernisse aufgelistet werden und aufzeigt, wie diese Hindernisse aus dem Wege geräumt werden können. Wir haben festgestellt, dass bei der Grundeigentümerschaft das fehlende Interesse im Vordergrund steht. Über die Industriegebiete entlang der Poststrasse hat sich der Gemeinderat in seiner Antwort nicht geäussert. Wie die positiven Ideen der Fachhochschule Burgdorf sich hier auswirken könnten, wurde ebenfalls nicht beantwortet. Ich schlage vor, die Motion zu überweisen und nicht abzuschreiben - sie ist nicht erfüllt. Wenn wir sie überweisen und abschreiben, ist das genau so, wie wenn wir nichts unternommen hätten. Die Zielsetzung ist es, dass wir mit dem ESP-Bahnhof nun vorwärts machen und prüfen wollen, ob hier etwas realisiert werden kann.

Norbert Riesen (SP): Ich möchte der FDP-Fraktion für die Motion und dem Gemeinderat für die Beantwortung danken. Ein Punkt der Antwort hat mich inhaltlich überrascht. Wir haben den politischen Vorstoss „behindertengerechter Zugang“ überwiesen. Dieser Vorstoss wurde vollumfänglich an das Tramprojekt gekoppelt. Ich finde dieses Vorgehen taktisch nicht geschickt. Wann und bis wann das Tram nach Ostermundigen fährt, ist offen. Der behindertengerechte Zugang darf nicht mit der Tramlinie verbunden werden, d. h. wenn keine Tramlinie eingerichtet wird, wird auch der Zugang nicht behindertengerecht gestaltet. Oder wenn das Tram in 20 Jahre nach Ostermundigen fährt, wird auch der Bahnhofzugang in 20 Jahren realisiert sein.

Es gibt neue Argumente: Ich möchte an die 220 neuen Arbeitsplätze an der Poststrasse erinnern. Die kantonale Verwaltung wird Publikumsverkehr anziehen. Das Tram darf nicht der einzige Grund für einen behindertengerechten Zugang zum Bahnhof Ostermundigen sein! Ich bitte den Gemeinderat, dass Geschäft nochmals zu überprüfen.

Walter Bruderer (FORUM): Die Voten der beiden Vorredner möchte ich unterstützen. Zu den beiden ersten Punkten im Wortlaut der Motion sollte der Gemeinderat Informationen liefern. Bereits im Jahre 1994 wurde die Tramlinie nach Ostermundigen in den GGR-Unterlagen erwähnt. Das Tram ist ein „altes Produkt“. Im Finanzplan wurden in den letzten Jahren stets Fr. 50'000.-- für die Planung des ESP-Bahnhofs ausgewiesen. Etwas konkretes konnte nicht erreicht werden. Ich werde die Motion unterstützen.

Der Gemeindepräsident hat erwähnt, dass es sich für den Gemeinderat nur um eine Richtlinie handelt. Dieser Aussage kann ich nicht zustimmen. Wir diskutieren über Ortsplanungsaspekte und diese liegen nicht einzig allein in der Kompetenz des Gemeinderates. Wir diskutieren auch über das Verkehrskonzept. Dieses kann der Gemeinderat ebenfalls nicht in Eigenregie erlassen. Für die Einführung der Tramlinie werden bestimmt auch Volksentscheide notwendig werden. Ich bin der Auffassung, dass der GGR die Motion heute Abend überweisen muss. Die Punkte 1 und 2 müssen vom Gemeinderat demnächst bearbeitet werden.

Christian Zeyer (SP): Die Voten von Heinz Gfeller und Norbert Riesen dürfen nicht vermischt werden. Beim einen geht es um den behindertengerechten Zugang zum Perron und beim anderen um 20 stöckige Gebäude. Vieles wird nun vermischt. Praktisch in jeder zweiten Ausgabe der Handelszeitung ist nachzulesen, dass die zur Verfügung stehenden Flächen für den Dienstleistungsbereich zuwenig Abnehmer finden. Wenn wir am Bahnhof Dienstleistungsgebäude erstellen, sind diese nicht automatisch rentabel. Leere Büroräume sind genügend auf dem Markt vorhanden. Der Gemeinderat hat viele andere Aufgaben zu erledigen, welche wichtiger sind, als die Erstellung von Konzepten für den ESP-Bahnhof welche letztendlich in der Schublade verschwinden.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Heinz Gfeller hat darauf hingewiesen, dass das Industriegebiet entlang der Poststrasse in der Beantwortung nicht erwähnt worden ist. Diese Aussage stimmt nicht. Ich habe erwähnt, dass die Grundeigentümerschaften keinen Druck für eine Entwicklung in diesem Gebiet machen. Diese Aussage betrifft nicht nur die SBB sondern auch die Grundeigentümerschaften entlang der Poststrasse.

Dem Votum von Norbert Riesen möchte ich noch anfügen, dass das Parlament über die Situation am Bahnhof bezüglich behindertengerechter Zugang noch wird diskutieren können. Ein entsprechender parlamentarischer Vorstoss wurde überwiesen. Eine Idee besteht darin, dass der Zugang im Zusammenhang mit der neuen Tramlinie verbessert werden kann. Der Unterführungsausbaue sieht auf jeden Fall die Verbesserung des behindertengerechten Zugangs vor.

Sollte dieses Geschäft vorgezogen werden, so muss mit Mehrkosten gerechnet werden. Eine provisorische Verbesserung kann nicht befürwortet werden. Die Errichtung eines Liftes zu Perron 2 kostet rund 2 Mio. Franken. Andere Varianten liegen noch nicht vor. Der GGR wird aber über den Stand des Geschäftes orientiert.

Zu Walter Bruderers Votum betreffend Zuständigkeiten möchte ich noch anmerken, dass der Motionstext für die Beurteilung der Zuständigkeit zur Anwendung kommt. Im Motionstext wird weder die Ortsplanung noch das Verkehrskonzept explizit erwähnt.

Heinz Gfeller (FDP): Besten Dank für die Erörterungen. Ein wesentlicher Punkt, ob Richtlinien oder Weisungen abschliessend im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegen, darüber möchte ich mich nicht weiter unterhalten. Wichtig scheint mir, dass der Gemeinderat zuständig für das Verfahren ist. Die vorliegende Motion hat zum Ziel, dem Gemeinderat den Rücken zu stärken.

Im Wortlaut unter Punkt 3 geht es um den Bericht, bevor die Tramprojektvorlage dem Parlament zum Entscheid unterbreitet wird. Den Bericht aus der Sicht des Gemeinderates haben wir bereits zu 100 Prozent erfahren. Was bedeutet das, wenn zwei Sitzungen vor der Vorlage „Tramprojekt“ noch einmal der aktuelle Zustand für eine Gesamtplanungssituation dargestellt wird? Ich stelle fest, dass wenn die Motion überwiesen wird, dem Gemeinderat ganz klar der Rücken bei seinen Verhandlungen gestärkt wird. Es gilt als Zeichen, dass das Ostermundigen Parlament in dieser An-

gelegenheit einen Schritt vorwärts tun möchte. Aber nur wenn Investoren bereit sind, ihr Portemonnaie zu öffnen.

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der GGR fasst mit 19 zu 15 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion der FDP-Fraktion betreffend ESP-Bahnhof Ostermundigen, bearbeiten der Entwicklungsblockaden wird begründet, vom Gemeinderat beantwortet und anschliessend abgelehnt.

21 10.374 Interpellationen
 60.115 Altersfragen
 60.535 Alterssiedlungen

Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Wohnraum für Betagte; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Heute werden die meisten Personen alt. Viele Betagte möchten so lange wie möglich in ihren vier Wänden leben und nutzen dabei ihre lieben Verwandten, Bekannten und Nachbarn sowie die gut organisierte SPITEX als geeignete Hilfe und Unterstützung. Andere Betagte suchen bewusst einen Ort, wo sie sich wohl fühlen und auf möglichst angenehme Weise das Alter zusammen mit gleichgesinnten Personen geniessen können.

Wir wissen nicht, ob es für die zweitgenannten, betagten Personen in Ostermundigen und in naher Umgebung ein genügend grosses Wohnungsangebot gibt, das aus finanzieller Sicht für jede der Personenkategorien aus Sicht „Einkommen und Vermögen“ erschwinglich ist.

Frage

Gibt es in Ostermundigen genügend geeigneten Wohnraum für betagte Personen jeder Einkommens-/Vermögenskategorie?

Falls ja:

Warum sind viele ältere Personen über die Angebote nicht informiert? Ist die Gemeinde bereit, diese Infolücke gezielt zu schliessen?

Falls nein:

Welche Möglichkeiten bestehen für die Gemeinde, das Manko rasch und gezielt zu beheben oder mindestens spürbar zu lindern? Ist der Gemeinderat bereit, diesbezüglich zielkonform zu handeln?

eingereicht am 12. März 2009

sig. W. Bruderer
M. Blindenbacher
B. Rüfli
A. Mantarro
M. Schenk

22 10.374 Interpellationen
10.2013 Tram, BernMobil (SVB)

Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Tram nach Ostermundigen: Vorinvestitionen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Wir haben erfahren, dass die Gemeinde im Hinblick aufs Tram bereits gezielte Vorinvestitionen tätigt bzw. tätigen muss.

Die Stimmberechtigten von Ostermundigen haben am Tag X über die von der Gemeinde Ostermundigen zu tragenden Kosten abzustimmen, bzw. über das dannzumal ausgearbeitete Projekt zu entscheiden. Darum erachten wir es als wichtig, dass sämtliche vor- und nachgelagerten tramrelevanten Investitionen und Aufwände vollständig in die „Tramrechnung“ einfließen, d. h. tatsächlich dem verursachenden Projekt belastet werden.

Fragen

- a. Wird sicher gestellt, dass sämtliche Investitionen und Aufwände im Hinblick auf die Tramrealisierung diesem Projekt und nicht der Einfachheit halber den heutigen Konten „Planung, Wasser, Abwasser, Hochbau, Tiefbau, Kehricht, Strassen, Verkehr etc.“ belastet werden?
- b. Wird sicher gestellt, dass Ostermundigens Vorinvestitionen bei der Zuteilung der Kosten transparent sind und mitberücksichtigt werden?
- c. Wird sicher gestellt, dass die Stimmberechtigten am Tag X über sämtliche vom Tram direkt oder indirekt verursachten Investitionen und Aufwände informiert sind?
- d. Wird im nächsten Finanzplan für die Tramrealisierung mit der Bildung von Rücklagen für dieses grosse Projekt begonnen? Wenn nein: warum nicht?

eingereicht am 12. März 2009

sig. W. Bruderer
M. Blindenbacher
B. Rüfli
A. Mantarro
M. Schenk

23 10.375 Einfache Anfragen
63.665 Jugendarbeit mit Schulen, Kirchen und anderen Verwaltungsabteilungen

Einfache Anfrage Monika Weibel (CVP) betreffend Tagesschule in Ostermundigen - Anstellungsbedingungen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Im Zusammenhang mit der Eröffnung der Tagesschule Rüti stelle ich dem Gemeinderat folgende

Fragen

1. Werden für die Betreuung nur Personen angestellt, die eine pädagogische/soziale Ausbildung haben?
2. Können zur Mithilfe auch Wiedereinsteiger/innen berücksichtigt werden, was die Kosten für die Betreuung senken würde?
3. Wie sähe eine allfällige Erfahrungszulage aus?

Begründung

Die Nachfrage nach Tagesschulplätzen steigt zunehmend, weshalb im Rütischulhaus eine zweite Tagesschule eröffnet wird. Gleichzeitig aber sind die finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde begrenzt. Deshalb stellt sich die Frage, ob zur Unterstützung der Fachpersonen nicht auch vermehrt Eltern mit Erfahrung eingestellt werden könnten, wie das in anderen Gemeinden der Umgebung schon der Fall ist.

eingereicht am 9. März 2009

sig. Monika Weibel

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 12. März 2009

24 10.375 Einfache Anfragen
 54.102 Regierungsstatthalter
 54.152 Regionale Zusammenarbeit

Einfache Anfrage Peter Wegmann (FDP) betreffend Zusammenarbeit mit Berner Feuerwehren; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Den Feuerwehren der Region Bern stehen Entscheidungen über angestrebte Zusammenarbeiten bevor. Zumal die städtische Feuerwehr die Verlegung des aktuellen Stützpunkts im Spitalacker nach Bern-West beabsichtigt. Die amtierende Regierungsratsstatthalterin Regula Mader hat den Gemeinden daher einen entsprechenden Vertrag vorgelegt.

Frage

Gedenkt die Gemeinde Ostermundigen einem solchen Zusammenarbeitsvertrag vorbehaltlos zu entsprechen oder könnte allenfalls auch die Realisierung eines Stützpunktes für Bern-Ost unter entsprechenden Abfolgen in Betracht gezogen werden?

eingereicht am 12. März 2009

sig. Peter Wegmann

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Bruno Schröter

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär